Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2509**

16. Wahlperiode 05. 09. 2006

Antrag

der Abgeordneten Brigitte Pothmer, Priska Hinz (Herborn), Markus Kurth, Irmingard Schewe-Gerigk, Kerstin Andreae, Birgitt Bender, Dr. Thea Dückert, Kai Boris Gehring, Elisabeth Scharfenberg, Margareta Wolf (Frankfurt) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit für Ausbildung, Qualifizierung und Progressiv-Modell verwenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesagentur für Arbeit wird im laufenden Haushaltsjahr voraussichtlich einen Überschuss von 8,8 bis 9,6 Mrd. Euro erwirtschaften. Davon müssen bis zu 8 Mrd. Euro für eine Beitragssatzsenkung ab 2007 eingeplant werden. Darüber hinaus bleibt ein zusätzlicher Spielraum, der für dringend erforderliche arbeitsmarktpolitische Programme genutzt werden kann.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) dafür einzusetzen, dass die überschüssigen Mittel der Bundesagentur aus dem Haushaltsjahr 2006 nach folgenden Prioritäten eingesetzt werden:

1. Angesichts der in diesem Jahr wiederum drohenden Ausbildungsplatzkatastrophe muss ein Sonderprogramm für mindestens 50 000 Jugendliche aufgelegt werden. Neben der Akquise zusätzlicher Ausbildungsplätze ist der Ausbau der außerbetrieblichen Ausbildung zu forcieren, um die Chancen bisher und absehbar unversorgter Jugendlicher auf eine Berufsausbildung zu verbessern. Alle Ausbildungsabschnitte müssen zu einem zertifizierten Abschluss führen. Das Programm sollte schwerpunktmäßig auf so genannte Altbewerber und Jugendliche mit Migrationshintergrund ausgerichtet werden.
2. Um das Risiko von Langzeitarbeitslosigkeit zu senken und langfristig das Problem zu reduzieren, müssen die Qualifizierungs- und Förderangebote der Bundesagentur insbesondere für die so genannten Betreuungskunden verstärkt werden. Sie bedürfen der besonderen Unterstützung und müssen entsprechend frühzeitig und intensiv gefördert werden. Dafür ist es auch erforderlich, dass die Kosten für Integrationsangebote für diese Personengruppe mit dem Aussteuerungsbetrag verrechnet werden.

III. Der Deutsche Bundestag fordert, statt der vorgesehenen linearen Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung die dafür eingeplanten Mittel konzentriert für Beitragssenkungen im Bereich niedriger Einkommen einzusetzen (Progressiv-Modell). Durch die Einführung eines progressiven Beitragssatzes werden schwerpunktmäßig kleine Einkommen entlastet. Dies hat positive Auswirkungen auf Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage in diesem

Segment, weil auf diese Weise mehr vom Bruttolohn beim Arbeitnehmer bleibt und sich Arbeitgeber leichter tun, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

IV. Der Deutsche Bundestag erteilt allen Versuchen eine Absage, die Überschüsse für die Haushaltskonsolidierung zu verwenden.

Berlin, den 5. September 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Seit Jahresbeginn steigt die Überschussprognose der Bundesagentur für Arbeit. Mittlerweile rechnen die Verantwortlichen mit einem Überschuss von bis zu 9,6 Mrd. Euro. Die Verwendung der Mittel ist strittig. Die Bundesregierung hat bis zu 8 Mrd. Euro davon für die Finanzierung einer linearen Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung in Höhe von zwei Prozentpunkten vorgesehen. Die Verwendung desselben Betrags für die schwerpunktmäßige Entlastung von kleinen Einkommen (Progressiv-Modell) würde die Entstehung von neuen Arbeitsplätzen in diesem Segment anreizen, das derzeit von einem ungünstigen Kosten-/Produktivitätsverhältnis geprägt ist. Durch eine progressive Entlastung entstehen mehr neue Arbeitsplätze als durch eine lineare Beitragssatzsenkung.

Auch die Verwendung des darüber hinaus reichenden Betrags ist strittig. Die Vorschläge reichen von der Vereinnahmung in den Bundeshaushalt über die Auflage von Programmen bis hin zum Aufbau eines finanziellen Puffers für die Bundesagentur. Notwendig ist deshalb eine zügige Prioritätensetzung, die sich am aktuellen arbeitsmarktpolitischen Handlungsbedarf orientieren muss.

Die Ausbildungsplatzsituation ist zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres 2006/2007 wiederum katastrophal. Im August 2006 waren 215 000 junge Menschen ohne Lehrstelle bei der Bundesagentur registriert. Der Ausbildungspakt, der für die Sicherstellung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots geschlossen wurde, funktioniert nicht. Leidtragende dessen dürfen jedoch nicht die Jugendlichen sein, die auf der Suche nach einer beruflichen Perspektive sind. Für sie muss ein Sofortprogramm aufgelegt werden, das nach allgemeinen Schätzungen mindestens 50 000 zusätzliche und überbetriebliche Ausbildungsplatzangebote umfassen muss. Bei der Vergabe der Plätze sollen so genannte Altbewerber und Jugendliche mit Migrationshintergrund bevorzugt berücksichtigt werden, da sie besonders geringe Chancen auf dem allgemeinen Ausbildungsmarkt haben. Hierfür werden Kosten von 650 Mio. Euro veranschlagt.

Die Überschüsse der BA sind auch durch Kürzungen zu Lasten von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche, für Menschen mit Behinderungen und Schulabbrecher entstanden. Diese so genannten Betreuungskunden der Bundesagentur haben jedoch einen umfänglichen Unterstützungsbedarf. Sie verfügen z. B. über eine geringe Grundqualifikation, besitzen kaum Berufserfahrung, haben gesundheitliche Probleme und gelten darum als schwer vermittelbare Arbeitsuchende. Ihr Risiko, langzeitarbeitslos zu werden und damit ein weiteres Arbeitsmarkthandicap zu tragen, ist besonders hoch. Um dies zu verhindern, müssen die Bemühungen der Bundesagentur für diese Kundengruppe verstärkt werden. Ihre Förderung und Qualifizierung müssen intensiviert werden. Dies wird entsprechende Mittel erfordern.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333